

## Wie ich die AfD verstehe: Die AfD im Spannungsfeld von EU und Deutschland als Nation (1)

### A:

Hans-Dietrich-Genscher war einer der intimsten Kenner der Innen- und Außenpolitik Deutschlands. Er war 18 Jahre lang, von 1974 bis 1992, Außenminister und Vizekanzler der Bundesrepublik Deutschland und vorher von 1969 bis 1974 Bundesinnenminister. Von 1974 bis 1985 war er Bundesvorsitzender der Freien Demokratischen Partei (FDP) und von 1992 bis zu seinem Tode 2016 ihr Ehrenvorsitzender. Die FDP ist noch vor der CDU die Partei mit der längsten Regierungsverantwortung auf Bundesebene seit Gründung der Bundesrepublik Deutschland 1949, insgesamt sind es bisher 49 Jahre (Stand 2018).

In Genschers Amtszeit als Außenminister und Vizekanzler fiel 1990 die Wiedervereinigung der zwei deutschen Teilstaaten Bundesrepublik Deutschland (BRD) und Deutsche Demokratische Republik (DDR). Die Wiedervereinigung löste in ganz Europa und besonders in der damals westeuropäisch geprägten EU eine politische Neuordnung und einen Globalisierungsschub aus. 2006 beschrieb Genscher die EU als Zukunftsentwurf für eine neue Weltordnung (2). 2007 bekannte er anlässlich seines 80. Geburtstages, dass die EU ein Zukunftsentwurf für die ganze Welt sei (3). Somit ist aus deutscher Sicht die EU ein politisches Projekt zur Errichtung einer neuen Weltordnung, welche nicht auf Europa beschränkt ist, sondern langfristig die ganze Welt umfassen soll.

Dieses Ziel ist nur erreichbar, wenn alle EU-Mitgliedsländer, zunächst Europas Nationalstaaten, ihre kulturelle Prägung aufgeben (4) und kontinuierlich ihre inneren und äußeren Souveränitätsrechte auf das organisatorische Zentrum der EU, dies sind u. a. EU-Kommission, EU-Parlament, Europäische Zentralbank (EZB) und Europäischer Gerichtshof (EuGH), übertragen. Ferner muss die EU stetig neue Mitglieder aufnehmen, darf sich geographisch nicht auf Europa beschränken, wie es z. B. der Beitrittskandidat Türkei, das Ostprogramm der EU (dieses reicht von der Ukraine bis nach Kasachstan in Mittelasien) und die Afrika- und Nahosteinbindung (EUROMED) und die Flüchtlingsströme) zeigen.

Unterstützt wird die Demontage der Nationalstaaten durch Nichtregierungsorganisationen (5), NRO oder englisch NGO genannt. Die NROs/NGOs werden teils privat, man denke an George Soros' Open-Society-NGO und ihren Tochter-NGOs (6), teils halbstaatlich, hier seien die seit Jahren im Ausland tätigen Stiftungen aller deutschen Bundestagsparteien beispielhaft erwähnt, finanziert. Staaten mit robustem Selbstbestimmungswillen, zum Beispiel Israel und Russland, widersetzen sich dem NGO-Angriff zugunsten einer neuen Weltordnung, widersetzen sich auch innerhalb der EU, hier seien Ungarn und Polen genannt, der weiteren Entstaatlichung ihrer Nation oder haben sogar ihren Austritt aus der EU, wie Großbritannien 2016, beschlossen.

Deutschland ist m. E. Vorreiter und Hauptakteur dieses von Genscher offenbarten globalen EU-Zieles. Deutschland rettete die EU-Verfassung vor der Ablehnung innerhalb der EU (s. Fußnote 15), ist als größter EU-Nettozahler finanzielles Rückgrat der EU und kittet mit IWF-, EFSF-, EFSM- und ESM-Krediten und EZB-Überziehungskrediten (Target-2-Salden im Clearing-System der EZB) mit ca. einer Billion Euro den Eurowährungsverbund (7). Deutschland gebärdet sich im Inland als Zuchmeister EU-kritischer Bürgerbewegungen und Parteien (8), übt Druck auf andere EU-Mitgliedsländer (9) aus, wenn deren EU-Zustimmung wankt, schwindet oder gar zu verschwinden droht und ist Mitinitiator der globalen Agenda 2030 und des Global Compact for Migration (10).

An der Demontage Deutschlands als Nation beteiligt sich nicht die AfD hingegen alle Altbundestagsparteien: Bündnis 90/ Die Grünen vorneweg, die Linke, SPD, FDP, CDU und als Schlusslicht stets dabei die CSU. Zudem sind die Altparteien zeitparallel aktiv beteiligt am Ausbau der EU. Die Entstaatlichung Deutschlands ist sogar 1992 als Staatsziel im Artikel 23 Grundgesetz, dem sogenannten Europa-Artikel, verankert worden (11). Die Einfügung des Europa-Artikels in das Grundgesetz ist Teil der Bedingung (12) für die Wiedervereinigung 1990 gewesen ohne direkte Mitwirkung des eigentlichen Souveräns, der deutschen Staatsbürger. Vorläufiger Höhepunkt dieser Entstaatlichung ist die Entscheidung der Bundeskanzlerin Merkel gewesen, im Spätsommer 2015 und danach auf Grenzkontrollen für über eine Million Migranten aus fernen Ländern, pauschal Flüchtlinge genannt, zu verzichten trotz entgegenstehender Gesetzeslage (13). Wird das Familiennachzugsrecht berücksichtigt, erreicht der Zuzug ein Vielfaches von einer Million Migranten.

Gemäß der Drei-Elemente-Lehre des Staats- und Völkerrechtsprofessors Dr. Georg Jellinek, wird ein Staat definiert erstens als ein geographisches Gebilde mit Grenzen (Staatsgebiet), zweitens durch sein Staatsvolk möglichst innerhalb dieser Grenzen und drittens durch seine Staatsgewalt, welche nach innen und nach außen Rechtsfähigkeit und Rechtswillen besitzt.

(1) Die jeweilige Erläuterung zu den Fußnoten erfolgt auf den Seiten 5 und 6.

Wird diese Definition auf Deutschland als Staat angewendet, ist festzustellen, dass die Grenzen weitgehend gefallen sind, das deutsche Volk (14) allmählich still und kontinuierlich ersetzt wird - durch Zuwanderung aus EU-Mitgliedsstaaten und seit 2015 aus der übrigen Welt - und die Rechtsfähigkeit und der Rechtswille Deutschlands auf die EU übertragen werden (15).

**Faktisch untergraben über die Jahre hinweg alle Altbundestagsparteien Deutschland als Nationalstaat (16). Diese Parteien arbeiten an einer Alternative zu Deutschland.**

**Die AfD versteht sich als Alternative für Deutschland. Sie will keine Entstaatlichung.**

**B:**

**Die AfD will Deutschland als Nationalstaat erhalten und predigt keinen überhöhten Patriotismus.**

Mit ihrem Bekenntnis zum Erhalt des Nationalstaates Deutschland steht die AfD innen- und außenpolitisch im Einklang mit dem Staats- und Völkerrecht, dessen wichtigster Rechtsgrundsatz das Selbstbestimmungsrecht aller Völker ist unter Beachtung des friedlichen Zusammenlebens untereinander. Nachstehend soll die Rechtstreue der AfD verdeutlicht werden:

Für die AfD steht innenpolitisch das Selbstbestimmungsrecht Deutschlands im Einklang mit unserem Grundgesetz: Artikel 20 GG Abs. 2 Satz 1 und 2 bestimmt, dass alle Staatsgewalt vom Volke ausgeht und diese Volksgewalt u. a. durch Wahlen und Abstimmungen ausgeübt wird. Dieser Artikel 20 GG besitzt gemäß Artikel 79 Abs. 3 GG einen sogenannten „Ewigkeitsschutz“, d. h. er darf nicht geändert werden. Der Europa-Artikel 23 GG besitzt keinen Ewigkeitsschutz! Artikel 21 GG Abs. 1, Satz 1 besagt, dass die Parteien kein Bevormundungs-, sondern nur ein Mitwirkungsrecht hinsichtlich der politischen Willensbildung des Volkes haben. Bezüglich ihres patriotischen Bekenntnisses zum Nationalstaat Deutschland steht die AfD ebenso im Einklang mit unserer Verfassung. Gemäß Art. 56 GG muss jeder Bundespräsident vor seinem Amtsantritt den Amtseid leisten. Dieser Amtseid lautet: „Ich schwöre, dass ich meine Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden, das Grundgesetz und die Gesetze des Bundes wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegen jedermann üben werde. So wahr mir Gott helfe.“

Für die AfD steht außenpolitisch das Selbstbestimmungsrecht Deutschlands im Einklang mit den allgemeinen Regeln des Völkerrechtes. 1973 wurde Deutschland, damals BRD und DDR, Mitglied der Vereinten Nationen (UN), dem welthöchsten Völkerrechtsgremium. Die UN-Charta verweist in Artikel 1 Ziffer 2 ausdrücklich auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker (17). Der UN-Zivilpakt, offiziell „Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte“ genannt, konkretisiert das Selbstbestimmungsrecht der Völker. Artikel 1 Abs. 1 lautet wörtlich: „Alle Völker haben das Recht auf Selbstbestimmung. Kraft dieses Recht entscheiden sie frei über ihren politischen Status und gestalten in Freiheit ihre wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung“ (18).

Diese aus dem Selbstbestimmungsrecht hergeleiteten 4 Grundfreiheiten – freie Wahl des politischen Status, freie Gestaltung der wirtschaftlichen, der sozialen und der kulturellen Entwicklung – haben die Altbundestagsparteien den Bürgern Deutschlands vorenthalten. Deutschlands Bürger, sie allein sind der Souverän, sind bisher ohne Mitspracherecht in Bezug auf Grundfragen ihres Staates gewesen, da alle Altbundestagsparteien still die Entstaatlichung betrieben und Volksabstimmungen vermieden haben. Eine Beteiligung der Bürger ist von den Altbundestagsparteien nicht wirklich erwünscht, denn die Entstaatlichung Deutschlands, seine Auflösung als Nationalstaat zugunsten der EU, ist ein „von oben“ verordnetes Elitenprojekt (19), kein Volksprojekt.

Die AfD will hingegen diese vier Grundfreiheiten Deutschlands Bürgern erhalten. Im Rahmen der freiheitlich demokratischen Grundordnung ist es sogar ihre demokratische Pflicht, für diese Freiheitsrechte der Bürger gewaltfrei einzutreten auf allen parlamentarischen Gestaltungsebenen, im Bundes-, im Landtag und in den Kommunalparlamenten. Die AfD, die Alternative für Deutschland, ist somit Hüter der bürgerlichen vier Grundfreiheiten, ist Anwalt der Bürger, ist Anwalt des Volkes!

**Die erste Grundfreiheit, für die die AfD eintritt, ist die freie Wahl des politischen Status:**

**Der Bürger soll frei wählen können:**

- ob er der EU, dem Euroverbund und der NATO angehören will oder eben nicht;
- oder ob er in einer den Nationalstaat weniger aushöhlenden Weise diesen Globalisierungsorganisationen - EU, Euroverbund und NATO - angehören will.

## **Die zweite Grundfreiheit, für die die AfD eintritt, ist die freie Wahl der wirtschaftlichen Entwicklung:**

### **Der Bürger soll frei wählen können:**

- ob die Besteuerung seiner Einkünfte aus Arbeit und Vermögen und die sonstigen Abgaben weiterhin so hoch bleiben sollen und auf diese Weise das Risiko staatlicher Zweckentfremdung und Umverteilung zugunsten der Globalisierung ohne Wissen des Bürgers bestehen bleibt;
- ob die Sozialkassen (Renten-, Kranken-, Arbeitslosen- und Pflegeversicherung, Sozialhilfe und Hartz IV) zugänglich bleiben sollen für Leistungsempfänger, die keine oder kaum Beiträge erbracht haben und sich möglicherweise unserem Staat nicht verbunden zeigen (20);
- ob er den anhaltenden Lohndruck infolge massiver Globalisierung vor allem im Billiglohnssektor hinzunehmen hat und die damit einhergehende drohende Altersarmut;
- ob die Nullzinspolitik der Europäischen Zentralbank und die Inflation seine Ersparnisse entwerten dürfen;
- ob er Bargeld als Zahlungsmittel erhalten will; ob er sich durch Bargeld vor Enteignung und durch Barzahlung vor der Ausforschung seines Konsumverhaltens schützen will; ob er durch Tausch seines Bankbuchgeldes (digitales Geld) zu Bargeld und Abheben dieses Bargeldes von seiner Bank diese zu einem seriösen Kredit- und Anlageverhalten auf Dauer zwingen kann, da er und alle anderen Bankkunden sonst durch plötzlichen Abzug ihrer Gelder von der Bank, Bank-Run genannt, diese in die Insolvenz treiben können;
- ob er über das Automatisierungsausmaß und Automatisierungstempo der digitalisierbaren Arbeitsabläufe, die ihn eines Tages arbeitslos werden lassen können, mitentscheiden will;
- ob er dulden will, dass die unbegrenzte Arbeitsmigration und der internationale Waren-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr durch globale Abkommen den heimischen Sozial- und Rechtsstandard aushebeln darf (z. B. TTIP-Vertrag);
- ob er hinnehmen möchte, dass durch exzessiven Freihandel ganze Sektoren einer Volkswirtschaft gefährdet werden;
- ob er im Rahmen der Sozialen Marktwirtschaft gemeinwirtschaftliche Aufgaben wie z. B. Wasserversorgung (Trinkwasser und Abwasser) und Stromnetzicherheit als Staatsaufgabe ausgeführt wissen will;
- ob die gängige Wertermittlung des Bruttosozialproduktes (BSP) einer Volkswirtschaft weiterhin die Bedeutung der Bevölkerungsstruktur und Bevölkerungszahl ignorieren darf.

## **Die dritte Grundfreiheit, für die die AfD eintritt, ist die freie Wahl der sozialen Entwicklung:**

### **Der Bürger soll frei wählen können:**

- ob der Staat den Eltern das Naturrecht der Kindererziehung zunehmend entwinden darf;
- ob er dulden will, dass die Genderpolitik die weit mehrheitlich heterogene Beziehung von Mann und Frau in Frage stellt, Familien schwächt, den Schutz Minderjähriger vernachlässigt und andere zu tolerierende sexuelle Beziehungen hingegen in den Vordergrund rückt;
- ob er die vorherrschende Bevölkerungspolitik ändern will, da diese die Geburtenrate der einheimischen Bevölkerung schwächt und den Generationenvertrag (Eltern stützen ihre Kinder und dieses später ihre Eltern) gefährdet;
- ob er dulden will, dass die einheimische Bevölkerung durch anhaltende, massive Zuwanderung (21) ersetzt wird;
- ob er weiterhin dulden will, dass der Staat die Betreuung eines minderjährigen Flüchtlings mit ca. 5000,- Euro monatlich (22) finanziert, jedoch Eltern in Deutschland pro Kind monatlich nur 192 bis 223 Euro (Stand 2017, abhängig von der Kinderzahl der Eltern) zahlt.

## **Die vierte Grundfreiheit, für die die AfD eintritt, ist die freie Wahl der kulturellen Entwicklung:**

### **Der Bürger soll frei wählen können:**

- ob er dulden will, dass die deutsche Sprache als Heimat- und Verkehrssprache verdrängt wird;
- ob er dulden will, dass ein politisch vorgegebener Rahmen, „Political Correctness“ genannt, sein Grundrecht auf Informations-, Meinungs- und Versammlungsfreiheit einengen darf;
- ob er dulden will, dass der Ausbau der Informationstechnologie zu einer immer umfassenderen Überwachung seiner Lebensweise führen darf;
- ob er dulden will, dass die Rechtsprechung unter dem Einfluss der Politik (23) den Schutz des Opfers zugunsten des Täters verschieben darf vor allem im Zusammenhang mit der sogenannten „Willkommenskultur“;
- ob er dulden will, dass der Grundsatz der freien Religionsausübung missbraucht wird von einer Religion, welche Frauen, Mädchen und Homosexuelle in ihren Grundrechten einschränkt und Religionsdissidenten verfolgt;
- ob er dulden will, dass der Staat die Gehalts- und Pensionszahlungen höherer kirchlicher Amtsinhaber finanziert, folglich diese kirchlichen Amtsträger vom Staat abhängig werden können und deshalb ihren Glaubens- und Ver-

- Kündigungsauftrag möglicherweise aufgeben;
- ob er einfordern will, dass Entscheidungsträger in den Sektoren Politik, Gewerkschaften, Medien, Wirtschaft, Kirchen und Militär offenbaren müssen, welchen Netzwerken (Lobbygruppen) sie angehören;
- ob er die Freiheit der Forschung will in allen Natur- und Geisteswissenschaften.

## C:

**Als Anwalt der Bürger muss es Anliegen der AfD sein, dass jeder Bürger die Wahl seiner vier Grundfreiheiten mit Sachwissen und frei von manipulativer Beeinflussung ausüben kann:**

In Deutschland ist der Bürger seit der Wiedervereinigung 1990 und dem 1992 ins Grundgesetz eingefügten Europa-Artikel (Artikel 23 GG) einer massiven politischen Beeinflussung, einem „Framing“ unterworfen worden. Innerhalb des Rahmens (Frames) bewegt sich jeder, der Befürworter der EU, des Euros usw. ist. Die EU und der Euro erfahren eine fast religiöse Erhebung: sie sollen sakrosankte, alternativlose Politikziele sein. Außerhalb des Rahmens stehen Kritiker der EU, des Euros, der neuen Weltordnung besonders dann, wenn sie die nationalstaatliche Ordnung erhalten wollen. Verweisen Globalisierungskritiker auf die vorhandene staatsrechtlich verankerte Demokratie, wird ihnen sogar entgegnet, die Globalisierung erfordere eine werthöhere Art der Demokratie - die Postdemokratie (24). Am Framing sind nicht nur alle Altbundestagsparteien beteiligt, sondern auch die ihnen nahestehenden Medien - vor allem die öffentlich-rechtlichen Rundfunk- und Fernsehstationen ARD, ZDF etc. ebenso mehrheitlich die Privatmedien z. B. der Springer-, der Bertelsmannverlag und die Deutsche Druck- und Verlagsanstalt der SPD aber auch die Gewerkschaften und die Kirchen (25). Das Hauptziel dieses „Framings“ ist, dass der Bürger zum Zeitpunkt der Wahlstimmabgabe, es ist der Moment der größten Macht des Bürgers in jeder Demokratie, diesen gezogenen Frame nicht verletzt oder gar sprengt.

Die Rahmensetzung erfolgt zunächst durch soziale Ächtung des Bürgers, wenn er Politikansichten vertritt, die randständig sind oder gar jenseits des Frames verortet werden, Nachstehend eine unvollständige Aufzählung aktueller medialer, politischer Anprangerungen des Bürgers in Deutschland:

Rechtsextremist, Rechtspopulist, Nazi, braunes Pack, Nationalist, Reaktionär, Faschist, Putinfreund, Wut-, Neid- und Angstbürger, Rassist, Homophober, Klimaleugner, Islamophober, Globalisierungsverlierer, Verschwörung Anhänger, Gesellschaftsspalter, etc.

Die Rahmensetzung hat komplementär eine positive Schlagwortkomponente. Politisch korrekte Bürger reihen sich ein unter diesen Parolen, auch hier eine unvollständige Aufzählung: Kein Mensch ist illegal, Wir sind bunt (26), Aufstand der Anständigen, Befürworter offener Gesellschaften etc.

Ein Blick in die Geschichte zeigt, dass die soziale Ächtung der Bürger infolge unerwünschter, den Frame gefährdender Politikansichten allgemein ein Instrument politischer Macht ist und dem jeweiligen Zeitgeist (Frame) unterworfen ist. In der Mc-Carthy-Ära der USA in den 50er Jahren des letzten Jahrhunderts und in Deutschland noch bis in die frühen 70er Jahre galten Sozialisten und Kommunisten als Staatsfeinde. Rechtskonservatives Denken wurde verlangt. Der Paragraf 175 des Strafgesetzbuches in Deutschland stellte Homosexualität unter Strafe und wurde erst 1994 gänzlich abgeschafft. Der russische Staatspräsident Putin hat am 25.9.2001 im Bundestag eine hörensweite Rede gehalten. 2017 ist Putin im politischen Westen ein Gegner und im Bundestag als Redner unerwünscht.

Zeigt sich der Bürger anhaltend uneinsichtig, kann der sozialen Ächtung die wirtschaftliche Ächtung bis zum Erwerbsverlust oder im schlimmsten Fall der körperliche Angriff folgen. Dies kann insbesondere dann geschehen, wenn des Bürgers Politikansichten Gewicht erlangen in einer Bewegung (27) oder gar Partei (28), welche die herrschenden Politiker als den Frame verletzend verorten und welche parlamentsträchtig werden könnte wie zum Beispiel die neue Bundespartei **AfD**.

Der Bürger bewahrt sein kostbares Selbstbestimmungsrecht nur dann, wenn er sich von der dem Zeitgeist typischen politischen Manipulation löst (29), sich kundig macht, abwägt und erst dann entscheidet. Die Welt könnte so friedlicher werden.

## **Das Wesentliche zusammengefasst:**

**Die AfD, Alternative für Deutschland, ist nach meinem Verständnis die einzige Partei, die den Nationalstaat Deutschland ohne patriotische Überhöhung erhalten will. Die AfD weiß, dass Deutschland seit über hundert Jahren ein bedeutendes Export- und Importland ist und sich auch deshalb als Nationalstaat nicht abschotten darf. Im Rahmen der wirtschaftlichen Globalisierung bewahrt die AfD den Menschen vor der Entstaatlichung nicht nur in Deutschland, sondern macht Menschen in anderen Staaten Mut, ihr Selbstbestimmungs-**

**recht im Sinne der UN-Zivilpakete in ihren jeweiligen Staaten zu bewahren. Ihr Selbstbestimmungsrecht sollen alle Bürger frei von manipulativer Beeinflussung ausüben können. Die AfD eröffnet hierzu die Möglichkeit. Die AfD setzt sich ein für den weltweiten Erhalt friedlicher, demokratischer, sozialer und souveräner Nationalstaaten und ist auf diese Weise Garant eines wirklichen Multikulturalismus. Die AfD tritt ein für einen fairen Waren-, Dienstleistungs-, Kapital- und Personenverkehr, der das Selbstbestimmungsrecht aller Nationen achtet.**

- (2) Vgl.: [www.genscher.de/html/rede\\_18pdf](http://www.genscher.de/html/rede_18pdf) „Europa in einer neuen Weltordnung“, S. 12, Rede von Bundesaußenminister a.D. Hans-Dietrich Genscher anlässlich der Churchill Lecture Konferenz in Zürich am 20. September 2006.
- (3) Vgl.: [www.phoenix.de/content/phoenix/bibliothek/442045](http://www.phoenix.de/content/phoenix/bibliothek/442045) Video 5.Minute: Alfred Schier mit H.-D. Genscher zum 80. Geburtstag; 24.3.2007; Das Video ist im Fernsehsender Phoenix zumindest zeitweilig nicht mehr zu sehen. Deshalb erfolgt ein Verweis auf H.-D. Genschers Aufsatz: „Eine Politik der Zukunftsverantwortung“ Untertitel: H.-D.Genscher über die neue Weltordnung; veröffentlicht in der Zeitschrift Internationale Politik (IP) im Mai 2009 auf den Seiten 74 -79. IP gilt als führende außenpolitische Zeitschrift und wird herausgegeben von der Deutschen Gesellschaft für auswärtige Politik (DGAP). Genscher schreibt: Heute steht die Menschheit vor drei Alternativen: die Chaos-Option (Weltordnung ohne Regeln), die Hegemonieoption und die EU-Option als Kooperationsoption. Letzere ist die globale Kooperation auf der Grundlage von Gleichberechtigung und Ebenbürtigkeit der Völker, der Staaten und Regionen. Europa, Genscher meint die EU, hat „eine Vision für eine neue Weltordnung, die überall auf der Welt als gerecht empfunden werden kann. Europa hat die Mission, diese Vision Realität werden zu lassen.“ (Vgl.: ebd. S. 79)
- (4) Der Wertekanon der Europäischen Union erwähnt nicht Europas christlich-jüdische Grundwerte. Der Wertekanon benennt nur allgemeine Politikideale (vgl.: Vertrag über die Europäische Union, Titel 1 Artikel 2 u. 3) Obwohl infolge der Globalisierung Deutschland erst seit wenigen Jahrzehnten islamische Zuwanderer erlebt, bekundete Deutschlands Bundespräsident Christian Wulff am Wiedervereinigungsfeiertag am 3.10.2010: „Der Islam gehört zu Deutschland.“ (Vgl.: [www.zeit.de/2015/09/christian-wulff-angela-merkel-islam-deutschland](http://www.zeit.de/2015/09/christian-wulff-angela-merkel-islam-deutschland))
- (5) Vgl.: Die geheime Migrationsagenda, Friederike Beck; Kopp Verlag 1. Auflage 2016
- (6) George Soros Open-Society Foundations wirken in ca. 100 Länder und haben ein Jahresbudget von ca. 940 Mill. US-Dollar. Die Zahlen entstammen dem George-Soros-Kurzporträt des Brussels Economic Forum 2017 (BEF 2017). Auf dem Brussel Economic Forum 2017 hielt Soros die Schlüsselrede und beschrieb das Wesen der EU: Die EU solle wie ein Sozialingenieur die EU-Integration vorantreiben. Zu praktizieren sei eine TOP-Down und Bottom-Up Strategie: Top-Down sollen EU-Spitzenfunktionäre und Regierungsspitzen der EU-Mitgliedsländer die EU-Integration vorantreiben. Als Top-Down-Vertreter könne der französische Staatspräsident Macron gesehen werden. Bottom-Up sollen Zivilgesellschaften (NGOs) die Meinung der Öffentlichkeit zugunsten der EU-Integration formen. Als Bottom-Up Vertreter nennt er beispielhaft die vor kurzem in Frankfurt a. M. gegründete „Pulse of Europe“ und die „Best of Britain“ NGOs. (Vgl.: <https://georgesoros.com/2017/06/01/remarks-delivered-at-the-brussel-economic-forum>). Soros ist als US-Staatsbürger Mitglied des überaus einflussreichen US-Think-Tanks Council on Foreign Relations (Vgl.: <https://www.cfr.org/membership/membership-roster-q-q-u>) und als ungarischer Staatsbürger Mitglied des European Council on Foreign Relations. (Vgl.: [www.ecfr.eu/council/members](http://www.ecfr.eu/council/members))
- (7) Markus Krall beziffert in einem Interview, erschienen in den Deutschen-Wirtschafts-Nachrichten am 2. Sept. 2017, die Kosten der Eurorettungspolitik auf über 2 Billionen Euro. (Vgl.: <https://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/die-sparer-werden-mit-gewaltigen-verlusten-zur-kasse-gebeten>)
- (8) Der EU-kritischen AfD wird das Versammlungsrecht erheblich erschwert: z. B. vor der Landtagswahl in Schleswig-Holstein 2017 oder in München 2018.
- (9) Die deutsche Bundesregierung initiierte 1999 bis 2000 eine EU-weite Isolierung Österreichs, da die ÖVP mit der EU-kritischen FPÖ koalierte.
- (10) Die deutsche Bundesregierung war maßgeblich beteiligt an der Verabschiedung der Agenda 2030 auf der Generalversammlung der UN am 25. 9. 2015. (Vgl.: Bericht der Bundesregierung vom 3.12.2014: Eine Agenda für den Wandel zu einer nachhaltigen Entwicklung weltweit. S.1-13. Die Bundesregierung ist auch Mitinitiator des Global Compact for Migration, der im Dezember 2018 in Marokko unterzeichnet werden soll. (Vgl.: [www.deutschland.de](http://www.deutschland.de) 4.12.2017 Rechte von Migranten schützen) Im Regierungskoalitionsvertrag vom 7.2.2018 verpflichten sich CDU,CSU und SPD freiwillig, sich als Regierung bewerten zu lassen, wie gewissenhaft sie die Welt-Agenda 2030 umsetzen. (Vgl.: Koalitionsvertrag Zeile 656f., Zeile 6498 bis 6499)
- (11) Der Europa-Artikel 23 GG wurde in das Grundgesetz aufgenommen und ersetzt den alten, 1990 entfernten Artikel 23 GG. Der neue Artikel 23 ermöglicht die vereinfachte Übertragung von deutschen Hoheitsrechten auf die EU und verpflichtet Deutschland an einem vereinten Europa mitzuwirken. Der neue Europa-Artikel ist verfassungsrechtlich Baustein für das Inkrafttreten des Maastricht-Vertrages 1992/1993 und des Lissabon-Vertrages 2007/2008.
- (12) Der politische Preis der Wiedervereinigung Deutschlands 1990 ist u. a.: 1. Aufgabe der deutschen Eigenstaatlichkeit zugunsten einer Art bundesstaatlichen deutschen Mitgliedschaft in einer mit aktiver deutscher Unterstützung zu schaffenden Europäischen Union; 2. Aufgabe der DM zugunsten des Euros; 3. Verzicht auf die ostdeutschen Gebiete Deutschlands in den Grenzen vom 31.12.1937. Der Verzicht beinhaltet die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als Westgrenze Polens und damit die Preisgabe der einst östlichen deutschen Länder Schlesien, Ostbrandenburg, Vor- und Hinterpommern und des südlichen Ostpreußens. Das Angebot der damaligen UDSSR-Regierung, über die Rückgabe des nördlichen Ostpreußens zu verhandeln, nahm Bundeskanzler Kohl nicht an. (Vgl.: Spiegel Online vom 21. Mai 2010: „Moskau bot Verhandlungen über Ostpreußen an.“ [www.spiegel.de/politik/deutschland/wiedervereinigung-moskau-bot-verhandlungen-ueber-ostpreußen-an-695928.html](http://www.spiegel.de/politik/deutschland/wiedervereinigung-moskau-bot-verhandlungen-ueber-ostpreußen-an-695928.html)) 4. Verbot des Besitzes von Atomwaffen, chemischen und biologischen Waffen; 5. Fortdauer der NATO-Mitgliedschaft. Die Medien in Deutschland berichten über den gesamten Wiedervereinigungspreis nur teilweise (Vgl.: Spiegel Online am 25.9.2010 „Mitterand forderte Euro als Gegenleistung für die Einheit.“ Erhellender ist Jacques Attali Biographie „C' était Francois Mitterand“ (vgl.: Éditions de Noyelles, Librairie Arthème Fayard, 2005; dort das Kapitel: „Construire L' Europe“ mit den Seiten 320-323, 333, 341) Im Buch wird ein weit umfassenderer Wiedervereinigungspreis genannt. Dazu ergänzend ist auf den Wortlaut des 2+4-Vertrages und seiner Präambel vom 12. September 1990 hinzuweisen.
- (13) Der bayerische Ministerpräsident Seehofer sagte: „Im Moment ist jedes Recht außer Kraft gesetzt.“ (S. Münchener Merkur 14./15.November 2015, S.1)
- (14) Das deutsche Grundgesetz verweist in seinen Artikeln insgesamt dreihundzwanzigmal ausdrücklich auf das deutsche Volk.
- (15) Roman Herzog (BVerfassungsrichter 1983-94, Präsident des Bundesverfassungsgerichtes 1987-94, Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland von 1994 -99) bekundete seine Sorge über die Entwindung der Rechtsfähigkeit und des Rechtswillens Deutschlands durch die EU: bereits von 1998-2004 waren 84 Prozent aller Rechtsakte in Deutschland Rechtsakte der EU. Anlässlich der Erarbeitung der EU-Verfassung, sie wurde umbenannt zum Lissabon-Vertrag (s. Fußnote 15) warnte R. Herzog vor einer Entmachtung des Bundestages, da die EU-Exekutive durch die Organe Rat (Ministerrat der EU) und Europäischer Rat (Rat der höchsten Staatsrepräsentanten der jeweiligen Mitgliedsländer) dominant wird. (Vgl.: Die Welt v. 17.2.2007; EU-Debatte: Europa entmachtet uns und unsere Vertreter: <https://www.welt.de/dossiers/eu-macht/article720463/Europa-entmachtet-uns-und-unsere-Vertreter.html>)
- (16) Am Abend der Bundestagswahl (22.9.2013) feiert der CDU-Generalsekretär Hermann Gröhe übermütig den Sieg der CDU mit dem Schwenken einer kleinen Deutschlandfahne. Die Bundeskanzlerin und Bundesvorsitzende der CDU Angela Merkel entwindet ihm die Fahne und entledigt sich ihrer mit

angewidertem und tadelndem Gesichtsausdruck. (Vgl.: <https://www.youtube.com/watch?v=siqHZsMMwkM>) Es ist daran zu erinnern, dass die Deutschlandfahne laut Grundgesetz Artikel 22 Abs. 2 die Flagge der Bundesrepublik Deutschland ist. Paragraph 90 a Strafgesetzbuch der Bundesrepublik Deutschland schützt die Fahne vor Verunglimpfung mit einer Freiheitsstrafe bis zu 3 Jahren oder mit einer Geldstrafe.

- (17) UN-Charta Artikel 2 Ziffer 1 besagt: „Die Organisation (gemeint sind die UN, Anm. d. VfS.) beruht auf dem Grundsatz der souveränen Gleichheit aller ihrer Mitglieder.“
- (18) Der zweite UN-Zivilpakt (der Internationale Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte) definiert wortgleich im Artikel 1 Abs. 1 ebenfalls das Selbstbestimmungsrecht der Völker. Beide UN-Zivilpakte wurden von der Bundesrepublik Deutschland 1973 ratifiziert und traten in Kraft 1976.
- (19) Frankreich und die Niederlande lehnten 2005 die EU-Verfassung per Volksabstimmung ab. Deutschlands Bundesregierung rettete die EU-Verfassung: Die Verfassung wurde umbenannt zum Lissabon-Vertrag. Dem französischen und niederländischen Volk wurde ein erneutes Referendum verwehrt, statt dessen genügte die bloße Parlamentszustimmung in Frankreich und den Niederlanden.
- (20) Beispielhaft sei erwähnt, dass Ende Juni 2017 fast 2 Millionen Ausländer in Deutschland Hartz IV-Empfänger sind. Ein Viertel davon sollen Syrer sein, die mehrheitlich erst durch die Flüchtlingskrise 2015 nach Deutschland gekommen sein sollen und nun erstmals in der Hartz-IV-Statistik erfasst sind. (Vgl.: Junge Freiheit v. 6.10.2017: Zahl der ausländischen Hartz-IV-Bezieher erreicht 2 Millionen; <https://www.jungefreiheit.de/politik/deutschland/zahl-der-auslaendischen-hartz-iv-bezieher-erreicht-zwei-millionen>)
- (21) Peter Southerland, ehemaliger EU-Kommissar, befürwortet, dass 30 Jahre lang jährlich 1 Million Einwanderer nach Deutschland kommen sollten, um Deutschlands Demographielücke zu schließen. (Vgl.: Die geheime Migrationsagenda, S. 140, Friederike Beck; Kopp Verlag 1. Auflage 2016. Der Bürger muss bedenken, dass die Zuwanderung meist junger Menschen durch nachholbaren Familiennachwuchs massiv steigt und die Alterskohorte junger Deutscher, es geht um die Altersgruppe zwischen 18 und 30 Jahre, lange vor Ablauf von 30 Jahren bei jährlich 1 Million Zuwanderer zur Minderheit werden wird. Seit 2016 wird die Schlepperroute Türkei-Griechenland massiv ergänzt durch die Mittelmeerbrücke zwischen Libyen und Italien. Vor allem deutsche NGO-Schiffe sollen Seeflüchtlinge nach Absprache aufnehmen und nach Italien bringen. Von dort ziehen die Migranten wegen hoher Finanzreize nordwärts nach Deutschland. Faktisch wird Deutschland der Status eines Einwanderungslandes aufgezwungen ohne Mitspracherecht seiner Bürger.
- (22) [https://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LBTW/files/dokumente/WP16/Drucksachen/1000/16\\_1345\\_D.pdf](https://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LBTW/files/dokumente/WP16/Drucksachen/1000/16_1345_D.pdf) dort S. 6; Tagessatz bis 200,- €; <https://welt.de/politik/deutschland/article163330272/Kommunen-rechnen-mit-vier-Milliarden-Euro-fuer-Unbegleitete.html>; hier bis 6250,-€ monatlich.
- (23) Deutschlands Gerichtsverfassungsgesetz (GVG) bestimmt, dass Staatsanwälte dienstlichen Anweisungen ihrer Vorgesetzten zu folgen haben (s. § 146). Zur Aufsicht und Leitung berechtigt sind der Bundesjustizminister bezüglich des Generalstaatsanwaltes- und der Bundesanwälte und die Landesjustizverwaltung hinsichtlich aller staatsanwaltlichen Beamten des betreffenden Landes (s. GVG § 147 Ziffer 1 u 2) Folglich wirkt die Exekutive über Minister auf Staatsanwälte ein.
- (24) Europa, Josef Joffe meint die EU, ist der Prototyp der Postdemokratie. (Vgl.: Josef Joffe „Postdemokratie“, Die Zeit Nr. 37/2012)
- (25) Die Ver.Di (größte Tochter des Deutschen Gewerkschaftsbundes, DGB) der Landesbezirke Niedersachsen und Bremen hat eine Handlungshilfe für den Umgang mit Rechtspopulisten, gemeint sind vor allem AfD-Unterstützer, herausgegeben. (Vgl.: [www.metropolico.org/2017/03/24/ver-di-checkliste-zu-ausspionieren-und-denunzieren](http://www.metropolico.org/2017/03/24/ver-di-checkliste-zu-ausspionieren-und-denunzieren)). Nach Protesten zog der Ver.Di Dachverband Berlin die Aktion zurück. (vgl.: <https://www.verdi.de/presse/pressemitteilungen/++co++11cb9508-10a0-11e7-8c46-52400940189>) In Bad Iburg meldete der DGB im August 2016 eine Demonstration gegen eine AfD-Kundgebung an. Unter den vom DGB gemeldeten Gegendemonstranten waren die Ver.Di-Jugend und die Antifa. (Vgl.: <https://weser-ems-verdi.de/themen/nachrichten/++co++2ebe7b10-5ad1-11e6-b7fd-525400ed87ba>). Vor der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen im Mai 2017 sagte am 9.3.2017 der Vorsitzende der Deutschen (katholischen) Bischofskonferenz Kardinal Dr. Reinhard Marx sinngemäß: Die AfD ist nicht mit christlichen Werten vereinbar. (Vgl.: [www.faz.net/aktuell/politik/inland/katholische-bischoefe-distanzieren-sich-von-der-afd-14917396.html](http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/katholische-bischoefe-distanzieren-sich-von-der-afd-14917396.html)) Dr. Dröge, Bischof der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausnitz, bekundete Anfang Dezember 2016 sinngemäß: Christen haben in der AfD nichts verloren. (Vgl.: <https://www.morgenpost.de/berlin/article208848945/Bischof-Dröge-Christen-haben-in-der-AfD-nichts-verloren.html>)
- (26) Am 30. Mai 2017 jährt sich zum 6. Mal der von der UNO ausgerufenen Diversity-Day (Vielfalts-Tag) Die UNRIC stellt Tage und Wochen unter ein Motto, um die Globalisierung zu fördern. Der Vielfalts-Tag soll der ethnischen, sexuellen, rassistischen, religiösen etc. Diskriminierung entgegenwirken, die Vielfalt im Land fördern. Das Monatsmagazin des Deutschen Beamtenbundes (dbb) hat seine Mai-Ausgabe 2017 betitelt: Diversity Management im öffentlichen Dienst: Vielfalt bringt Fachkräfte. (Vgl. dbb magazin 5, 2017) Unter der Schirmherrschaft der Bundeskanzlerin Merkel wurde 2006 die „Charta der Vielfalt“ gegründet, die z. Zt. 2600 Unterzeichner (Unternehmen, Gewerkschaften, Behörden, akademische und soziale Einrichtungen und Bundesministerien) umfasst. Der Verein Charta der Vielfalt e. V. wurde 2010 gegründet, ist eine Nichtregierungsorganisation (NGO) und hat enge staatliche Verbindungen. Die/der Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration hat einen ständigen Sitz im Vereinsstand. Die EU-Kommission fördert die Kooperation mit anderen EU-Mitgliedsländer. (Vgl.: [www.charta-der-vielfalt.de/verein.html](http://www.charta-der-vielfalt.de/verein.html))
- (27) Der Schriftsteller Akif Pirincci hielt am 19.10.2015 eine Rede auf der Dresdener Pegida Demonstration. Seine Rede wurde medial heftigst kritisiert. Am 20.10.2015 kündigte Random House, Verlagstochter des Bertelsmann Verlages, die Verträge mit Pirincci und stellte den Buchervertrieb ein. (Vgl. Spiegel Online Kultur 20.10.2015 15:37, „Bertelsmann-Verlage kündigen Verträge mit Akif Pirincci“ ([www.spiegel.de/kultur/literatur/akif-pirincci-bertelsmann-verlag-random-house-kuendigen-vertraege-a-1058711.html](http://www.spiegel.de/kultur/literatur/akif-pirincci-bertelsmann-verlag-random-house-kuendigen-vertraege-a-1058711.html)). Pirincci erwirkte durch den Rechtsanwalt Steinhöfel Schutz vor weiterer Rufschädigung: NDR, Leipziger Volkszeitung, Kieler Nachrichten, Hannoversche Allgemeine, die Südwest-Presse, das Schwäbische Tageblatt, das Zdf, Die Zeit, Spiegel Online baten entweder um Entschuldigung und korrigierten die Veröffentlichung oder veröffentlichten Widerrufe oder gaben Unterlassungserklärungen ab. (vgl.: Joachim Nikolaus Steinhöfel, Facebook Seite vom 31.10.2015. Die Seite ist nicht mehr aufrufbar. Deshalb erfolgt ein Verweis auf: [www.hart-brasilientexte.de/2015/11/01/akif-pirincci-und-die-luegenpresse-2015-pegida-rede-und-folgen/](http://www.hart-brasilientexte.de/2015/11/01/akif-pirincci-und-die-luegenpresse-2015-pegida-rede-und-folgen/). Dort eingebettet Steinhöfels Stellungnahme mit Datum vom 31.10.2015: Unterlassungserklärungen, Entschuldigungen, Widerrufe: Akif Pirincci geht erfolgreich gegen bundesdeutsche Medien vor.
- (28) Die Frankfurter Allgemeine berichtet am 31.8.2016, dass Uwe Jung, Fraktionsführer der AfD in Rheinland-Pfalz, am Abend des 30.8.2016 angegriffen worden ist. In diesem Artikel wird auch ein Angriff auf Jörg Meuthen (Bundessprecher der AfD und Fraktionsführer der AfD im Landesparlament von Baden-Württemberg bis 2017) in Harburg (Niedersachsen) ebenfalls am 30.8.2016 bekannt gemacht. (Vgl.: [www.m.faz.net/politik/inland/mainzer-afd-fraktionschef-uwe-jung-angegriffen-verletzt-14414032.html](http://www.m.faz.net/politik/inland/mainzer-afd-fraktionschef-uwe-jung-angegriffen-verletzt-14414032.html)) Der Tagesspiegel aus Berlin berichtet am 28.2. 2016 und die Kieler Nachrichten am 25.11.2016 von Tortenwürfen auf das Bundesvorstandsmitglied der AfD, Beatrix von Storch.
- (29) Francis Nelson, ein früher Friedensbefürworter, lebte von 1867 bis 1961 und ist Autor des 1950 erschienen Buches „Makers of War“. Bereits 1915 publizierte er „How Diplomats Make War.“

Matthias Helmer, München, 2017/2018